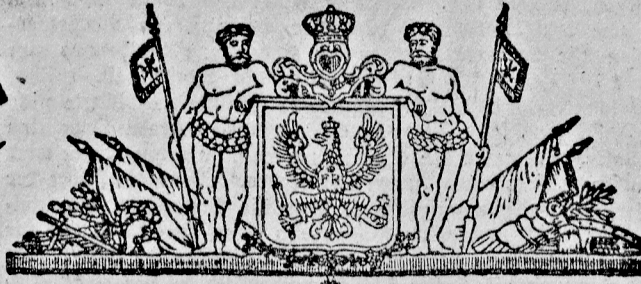


Vossische



Zeitung

Begründet

1704

Mit

Kurszettel

50 Pfennig

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt

Verlag Ullstein, Chefredakteur: Georg Bernhard, Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelst.): Jul. Elbau, Berlin. Unverlangte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein, Moritzplatz 11800 bis 11852. Die Zentrale verbindet mit den einzelnen Abteilungen. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 600.

Der Streik und die Gegenaktion.

Das Aufgebot der Technischen Nothilfe

Entsprechend der allgemeinen Streiklage ist die Technische Nothilfe heute in den Morgenstunden in denjenigen Direktionsbezirken zum Einsatz herangezogen worden, die von der Stilllegung am meisten betroffen sind. So erfolgten zunächst Teileinsätze in den Direktionsbezirken Breslau, Dresden, Magdeburg, Berlin, Münster. Alarmierungen sind in größerer Anzahl für weitere Direktionsbezirke erfolgt, so für Stettin, Hannover, Frankfurt a. M. Den gestellten Anforderungen, die sich hauptsächlich auf Lokomotivführer, Heizer, Zug- und sonstige Hilfspersonal erstrecken, konnte überall entsprochen werden. Einsätze und Alarmierungen in größerem Ausmaß sind wahrscheinlich. In Berlin geschah der Einsatz auf einzelnen besonders wichtigen Punkten; auch hier dürfte mit einer baldigen Verstärkung zu rechnen sein.

Wie die Technische Nothilfe mitteilt, besteht in Berlin noch Bedarf an Helfern. Jeder, der mithelfen will und Kenntnisse im Eisenbahn-, Maschinen- und Betriebsdienst besitzt, melde sich Rüststraße 15, Prinz-August-von-Württemberg-Straße 15.

Der Streik der Reichsgewerkschaft hat, wie sich aus den nachfolgenden Einzelmeldungen ergibt, fürs erste einen wesentlichen Teil des deutschen Eisenbahnverkehrs mit einem Ruck zum Stillstand gebracht. Das war die unvermeidliche Folge der Tatsache, daß, abgesehen von Süddeutschland, die Lokomotivführer anscheinend ziemlich geschlossen oder doch in ihrer überwiegenden Mehrheit in den Streik eingetreten sind. Diese Beamtengruppe ist zu einem sehr großen Teile in der Reichsgewerkschaft organisiert, und sie ist, wie man weiß, einer der Hauptträger des Streikgedankens, durch dessen Verwirklichung sie nicht nur eine allgemeine Befolgungserhöhung, sondern auch eine besondere Verbesserung ihrer Einstufung in der Befolungsordnung erreichen will. Die Lokomotivführer, von denen man nach der Eigenart ihrer Tätigkeit das stärkste Verantwortungsbewußtsein erwarten müßte, haben die größte Verantwortungslast auf sich genommen. Sie haben für den Augenblick die unmittelbare Macht, den Betrieb lahm zu legen, weil, wie bereits gestern ausgeführt wurde, Ersatzfunktionäre, auch wenn sie arbeitswillig sind und sich vor einem Terrorismus der Streikenden, der bisher übrigens nur wenig in die Erscheinung getreten ist, nicht fürchten, nur mit Vorsicht und nach einer gewissen Informations- und Einarbeitungszeit eingesetzt werden können. Da die praktischen Vorbereitungen für die Durchführung eines Notbetriebes offenbar erst im letzten Augenblicke begonnen haben, wird seine Einrichtung, auch wenn der Umfang dieses Betriebes nur gering sein soll, eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Am heutigen Tage liegt jedenfalls in Berlin und auch anderwärts im Reiche der Verkehr so gut wie vollständig still. Man darf aber wohl hoffen, daß das Verprechen des Reichsverkehrsministeriums eingelöst und der notwendige Güter- und ein ganz beschränkter Personenverkehr in möglichst kurzer Frist gesichert wird.

Beim Streikbeginn haben sich starke Unterschiede des Temperaments und der Besonnenheit gezeigt. Die Parole, die Nachtzüge noch bis zu ihrem Bestimmungsorte durchzuführen, ist im großen und ganzen anscheinend befolgt worden; doch sind leider einige höchst unruhige Ausnahmen zu verzeichnen. Welchen Sinn es, abgesehen von dem der Befriedigung eines brutalen Machtbedürfnisses, auch vom Standpunkte der Streikenden haben soll, überfüllte Schnellzüge in der Nacht anzuhalten und die Reisenden einer unnötigen Quälerei und Schädigung auszusetzen, bleibt vollkommen unerfindlich. Es ist zu wünschen, daß das allgemein angekündigte Disziplinarverfahren bei den Beamten, die sich solcher Handlungsweise schuldig gemacht haben, mit besonderer Sorgfalt und Strenge durchgeführt wird. Auch mit der Auffassung der Beamtenpflichten seitens jener Eisenbahner, die Züge mit lebendem Vieh auf der Strecke stehen lassen, weil die Uhr den Streikbeginn anzeigt, werden sich die Behörden und wird sich die Öffentlichkeit noch zu beschäftigen haben.

Die Reichsgewerkschaft der Deutschen Eisenbahnbeamten und Anwärter hat ein Extrablatt herausgegeben, in dem sie gegen die Prüfler und die „unzuverlässigen Informationen“ der „kapitalistischen Presse“ protestiert. Die Reichsgewerkschaft vermag nicht zu leugnen, daß der Streikbeschluss ihres Vorstandes mit einer ganz knappen Mehrheit gefaßt wurde; aber sie versucht, diese knappe Mehrheit als die Vertretung der ganz überwältigenden Majorität der Verbandsmitglieder hinzustellen. Wenn das richtig ist, so beweist es nur, daß in dieser Organisation gewisse Beamtengruppen, die zahlenmäßig in der Mehrheit sind, die übrigen Beamtengruppen terrorisieren, und daraus werden ja wohl die letzteren ihre Konsequenzen ziehen. Auf die Frage des Beamtenstreikrechts geht das Flugblatt nur sehr oberflächlich ein, und es spricht charakteristischweise von seinen Mitglieðern als der bisher ruhigsten „Arbeitnehmerschicht“ Deutschlands. Die Reichsgewerkschaft scheint also zwischen Beamten und freien Arbeitnehmern keinen Unterschied mehr zu machen, und sie wird sich nicht wundern können, wenn schließlich auch die

öffentliche Meinung für einen solchen Unterschied keine stichhaltige Begründung mehr sieht.

Für den unerhörten demagogischen Tiefstand der „Be-weisführung“ dieses Flugblattes ist im übrigen die Behauptung bezeichnend, daß das Reich „die gesamten Reparationslasten Deutschlands für 1922 allein aus der Unterbezahlung seiner Beamten herauszuwirtschaften im Begriffe steht“. So zu lesen in der Kundgebung einer Organisation von Beamten des Deutschen Reiches...

Verhaftung zweier Führer.

Zwei Führer der Eisenbahner-Streikbewegung sind heute früh von Beamten der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums festgenommen worden, nämlich der Lokomotivführer Heinrich Sperblau aus Nowawes, der Erster Vorsitzender der Gewerkschaft deutscher Lokomotivführer ist und zugleich dem Hauptvorstand der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten angehört, und ferner der Eisenbahn-Oberschaffner Karl Länger aus Berlin, der Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Reichsgewerkschaft ist und das Amt eines Kassierers versieht. Gegen beide Festgenommene ist ein polizeiliches Ermittlungsverfahren wegen Verstoßes gegen die Verordnung des Reichspräsidenten eingeleitet.

Wie wir aus dem Reichsverkehrsministerium erfahren, sind die Eisenbahndirektionspräsidenten angewiesen worden, von der gestern ergangenen Verordnung des Reichspräsidenten weitgehenden Gebrauch zu machen. Die Eisenbahndirektionen werden mit den zuständigen Staatsanwaltschaften vereinbaren, daß von den Gerichtsbehörden mit Beschleunigung eingegriffen wird. Auch die Einleitung disziplinarischer Maßnahmen wird mit besonderer Beschleunigung vorgenommen werden. Bei den Polizeibehörden anderer Städte und Orte soll der Erlass einer ähnlichen Verordnung, wie die des Berliner Polizeipräsidiums, erwirkt werden.

Ferner sind von der Abteilung Ia des Berliner Polizeipräsidiums bei verschiedenen Berliner Großbanken Konten beschlagnahmt worden, die dort von verschiedenen, den Streik betreibenden Gewerkschaften (der Reichsgewerkschaft und den fachgewerkschaftlichen Unterorganisationen) unterhalten werden. Die bei den Banken beschlagnahmten Beträge erreichen zusammen die Höhe mehrerer Millionen.

Stöden der Milchzufuhr.

Infolge des Eisenbahnstreiks beghnt die Milchversorgung bereits zu stöden. Milchwaggons sind von den Kleinbahnen auf die Staatsbahnen nicht mehr übernommen worden. Milchzüge sind auf der Staatsbahn festgehalten worden. Infolgedessen muß die Belieferung der Karteninhaber vom 3. Februar d. J. ab wie folgt festgesetzt werden: Für Milchgeschäfte: A1-Karten (Kinder im ersten Lebensjahre) 1/2 Liter; A2-Karten (Kinder im 2. Lebensjahre) 1/2 Liter; B1- und B2-Karten (Kinder im 3. und 4. Lebensjahre) 1/2 Liter; A-Karten (für werdende Mütter) 1/2 Liter.

Die Belieferung der Karten-Kunden der Abmelde-Wirtschaft (Mafereien) bleibt wie bisher bestehen, also A1-Karten 1/2 Liter, A2-Karten ebenfalls 1/2 Liter, B1- und B2-Karten 1/2 Liter, A-Karten 1/2 Liter.

Eine Lieferung freier Milch an die Bevölkerung kann bis auf weiteres nicht mehr erfolgen. Es wird schon jetzt besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, auch wenn der Streik abgebrochen wird, bis zur völlig normalen Milchversorgung eine gewisse Zeit vergehen wird, weil infolge des Streiks der Umlauf der Transportgefäße usw. sehr stark behindert wird.

Der Verkehr in Halle.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

w Halle, 2. Februar.

Der Verkehr von Berlin, von Leipzig und von Thüringen ruht. Die drei D-Züge aus dem Westen nach Berlin sind noch durchgebrach, allerdings mit großer Verspätung. Sonst sind Störungen überall, sogar die Milchzüge sind ausgeblieben. Das Stationspersonal mit Ausnahme von Corbeitha ist erschienen, desgleichen die Zugführer und Schaffner, die nur in Dessau ausgeblieben sind. Die Lokomotivführer sind nur in Halle, Kottbus, Merseburg und Hoyerswerda zum Dienst erschienen. Die Leuna-Züge ab Halle sind gefahren, ebenso die Arbeiterzüge Halle-Bitterfeld-Wolfen. Von Dessau sind zwei Arbeiterzüge nach Wolfen, allerdings mit Magdeburger Personal abgegangen.

(Siehe auch vierte Seite.)

Vor dem Kabinettswechsel in Rom.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

mp Rom, 2. Februar.

Es wird mit der Möglichkeit gerechnet, daß Bonomi bereits heute zurücktritt. Als Kandidaten für das Ministerpräsidium nennt man die Namen Giolitti, De Nicola und Orlando.

Kronprinz und Deutschnationale.

In nationalistischen Kreisen hat man früher den deutschen Kaiser wegen seiner Unentschlossenheit scharf angegriffen und den Versuch gemacht, den Kronprinzen als Erben der friederizianischen Tatkraft gegen seinen Vater auszuspielen. Die Anhängerschaft der Liman und Genossen hat viel dazu beigetragen, dem Kronprinzen den Namen eines blindwütigen Militaristen, eines Eisenfressers und politischen Reaktionärs zu verschaffen, ein Ruf, der durch gelegentliche Äußerungen soldatischer Berufsfreude eine scheinbare Bestätigung erfuhr.

Es kann dahingestellt bleiben, ob dieser Ruf wirklich begründet war. Heute jedenfalls hat sich der Kronprinz zu einer Auffassung durchgerungen, dem man menschliche Achtung nicht verweigern kann. Im Gegensatz zu den Leuten, die niemals umlernen und noch weniger es zugestehen, wenn sie sich gewandelt haben, bekennt er freimütig in dem Brief, der gestern an dieser Stelle veröffentlicht worden ist, er habe in den langen Jahren der Einsamkeit Geduld gelernt und betrachte jetzt Ereignisse, Menschen und Dinge mit größerer Objektivität. Daß diese Erklärung keine bloße Redensart ist, dafür zeugt der gesamte Inhalt des Schreibens, das nicht nur den Wunsch verrät, für seine Person Frieden zu machen mit dem neuen Deutschland, sondern das darüber hinaus auch den ehrliehen Versuch zeigt, zu einer Entspannung beizutragen und die Anhänger der Monarchie für die positive Arbeit auf Grund der geltenden Verfassung zu gewinnen.

Dieses Schreiben des Kronprinzen ist ein historisches Ereignis. Es bedeutet die Anerkennung der Republik durch den Träger des Namens Hohenzollern, der am ernsthaftesten für die Rolle eines Thronpräsidenten in Betracht käme. Damit hat die Republik eine neue Befestigung erfahren und damit ist für die Kreise, die bisher etwa der Auffassung waren, daß ihre Treueverpflichtung gegenüber der Monarchie fortbestehe, jeder Anlaß weggefallen, gegenüber der herrschenden Staatsform noch irgendwelche Vorbehalte zu machen. Der Kronprinz selbst bezeichnet die Frage „Republik oder Monarchie“ als nebensächlich und erklärt: Jede Staatsform kann heute einem Volke nur zum Segen gereichen, wenn sie sich auf eine von der Mehrheit dieses Volkes gebilligte und damit fest verankerte Verfassung stützt. Ausdrücklich erklärt er, daß keine Staatsform sich auf die Dauer halten könne, die nicht auch von dem Vertrauen der Arbeiterschaft mitgetragen werde. Da die Arbeiterschaft in ihrer überwiegenden Mehrheit sich zur Republik bekennt und unter allen Umständen an diesem Standpunkt festhalten wird, so ist damit auch für die Zukunft die Möglichkeit einer Wiederekehr der Monarchie verneint.

Man hätte annehmen sollen, daß die Deutschnationale Volkspartei die Entbindung von der Verpflichtung auf die Monarchie, die der Kronprinz indirekt ausspricht, als eine Erleichterung empfinden würde. Eine „Volkspartei“ — und die Deutschnationalen haben diese Bezeichnung bisher noch nicht aufgegeben — müßte den Satz geradezu als Erlösung begrüßen, „daß der Monarch des Volkes wegen da ist und nicht das Volk des Monarchen wegen“. Die Deutschnationale Volkspartei hat aber die Probe schlecht bestanden. Ihre Presse zeigt ratlose Verlegenheit. Nur ein Teil hat es für nötig befunden, den Wortlaut des Briefes mitzuteilen. Wo ihre wahre Stimmung zum Ausdruck kommt, zeigt sich eine grenzenlose Wut. Graf Westarp verbirgt den Verger nur notdürftig, indem er in der „Kreuzzeitung“ den Kronprinzen als einen Menschen behandelt, der sich offenbar nicht recht überlegt habe, was er sage.

Die Deutschnationale Volkspartei will offenbar von der selbstlosen Mitarbeit im Dienste des Vaterlandes, die ihr der Hohenzollernspruch anrät, nichts wissen. Für sie ist die Monarchie nur eine Kampfswaffe, nur ein Mittel zum Zweck. Graf Westarp bleibt der Tradition getreu, die das Wort bezeichnet: Und der König absolut, wenn er uns den Willen tut. Die Treue zum angestammten Herrscherhaus erweist sich wieder einmal als ein leeres Schlagwort in dem Augenblick, wo die Parteinteressen, die Sonderwünsche einzelner Gesellschaftsklassen auf dem Spiel stehen. Graf Westarp verkündet, daß seine Partei nach wie vor und jetzt erst recht die Verbearbeit „für den monarchischen Gedanken“ fortsetzen werde. Und ganz ähnlich äußert sich der Geschäftsführer der Deutschnationalen Partei in der parteiamtlichen Korrespondenz. Die Deutschnationale Partei verbietet dem Kronprinzen, Frieden zu machen mit seinem Volk, wie die Konservativen es von jeher als ihre Aufgabe betrachteten, die Kluft zwischen Regierern und Regierten aufrecht zu erhalten und zu vertiefen. Sie bleiben unwandelbar die starren Vertreter einer starren Machtpolitik nach innen und außen.

In den engeren Kreisen dieser patentierten Vorkämpfer für den Thron mag man verhältnismäßig leicht über den geschichtlichen Schritt des Kronprinzen hinwegkommen. Zauberpriester sind nicht selten lieblos gegen Feinde, die verjagen. Aber die gläubige Menge draußen, der die Idee der Monarchie untrennbar ist von der Person, wird sich weniger leicht damit abfinden, wenn die Deutschnationale Volkspartei sich auf den Standpunkt stellt, daß man die Monarchie gegen den möglichen Monarchen propagieren müsse, ganz gleichgültig, was aus den vielgeliebten Hohenzollern